



Nr. 29

Berlin, 28.07.2011

Inhalt:

[dbb Chef Heesen begrüßt EuGH-Urteil zur Altersgrenze, spricht sich aber für Flexibilisierung aus+++](#)

[dbb startet weitere Initiative für Mindestlöhne in Call-Centern: Mindestarbeitsbedingungengesetz untaugliches Instrument+++](#)

[Solidaritätszuschlag verfassungsgemäß – dbb für Altschuldentilgung als neue Zweckbindung+++](#)

[Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst leicht gestiegen – viele Befristungen und mehr Teilzeit+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[DPolG gegen Einrichtung einer „Datei für auffällige Personen“ - Wendt: Polizei sollte vielmehr Internetpräsenz ausbauen+++](#)

[Bewegung im Tarifstreit bei den Privatbahnen – GDL-Chef Weselsky: „Wir zeigen unseren Einigungswillen“+++](#)

Namen und Nachrichten +++

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb Chef Heesen begrüßt EuGH-Urteil zur Altersgrenze, spricht sich aber für Flexibilisierung aus

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen hat die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 21. Juli (C-159/10 und C-160/10) zur beamtenrechtlichen Regelaltersgrenze begrüßt. Gleichzeitig sieht Heesen aber angesichts des demographischen Wandels durchaus Reformbedarf. „Eine flexiblere Handhabung, die einen freiwilligen Verbleib im Amt über die Regelaltersgrenze hinaus erlaubt, erscheint mir sinnvoll.“

Allerdings sei es gut, dass die Luxemburger Richter die gesetzliche Regelung des Höchstalters nicht in Frage gestellt hätten. „Fragen des Beamtenrechts wie auch, was das Rentenrecht der Tarifbediensteten angeht, der Sozialversicherung, gehören ausschließlich in die Regelungskompetenz der Mitgliedstaaten“, bekräftigte Heesen am 26. Juli 2011.

Der EuGH hat in Bezug auf hessisches Beamtenrecht geurteilt, die Regelaltersgrenze von 65 Jahren für Beamte sei europarechtlich nicht zu beanstanden, da die Regelung dem Ziel

einer „ausgewogenen Altersstruktur“ und damit der Personalplanung der Verwaltung diene. Der EuGH sieht also in einem gesetzlichen Höchstalter für die Verwendung von Beamten keinen Diskriminierungsstatbestand. Der dbb hat sich allerdings in den vergangenen Jahren wiederholt dafür ausgesprochen, einen freiwilligen Verbleib im Amt über die Altersgrenze hinaus zu ermöglichen. Für diese Frage seien aber die gesetzgebenden Parlamente in Deutschland zuständig und nicht die EU, so der dbb Bundesvorsitzende.
(01/29/11)

dbb startet weitere Initiative für Mindestlöhne in Call-Centern: Mindestarbeitsbedingungengesetz untaugliches Instrument

(dbb) Der dbb beamtenbund und tarifunion hat eine neue Initiative gestartet, Mindestlöhne für die Beschäftigten in Callcentern durchzusetzen. In einem vom dbb Bundesvorsitzenden Peter Heesen und dem 1. Vorsitzenden der dbb tarifunion Frank Stöhr am 20. Juli 2011 unterzeichneten Brief an die zuständigen Bundesministerien und Bundestagsausschüsse fordert die gewerkschaftliche Dachorganisation einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn oder „die Verständigung auf ein neues Instrumentarium“. Derzeit existiere „faktisch keine Möglichkeit, Mindestlöhne für Branchen festzulegen, in denen keine ausreichende Tarifbindung besteht.“

Das Mindestarbeitsbedingungengesetz (MiArbG) habe sich als „untaugliches Instrument zur Einführung von branchenspezifischen Mindestlöhnen erwiesen“, da es nur theoretisch „die Möglichkeit der Einführung von Mindestlöhnen“ beinhalte. Die Entscheidung des vom MiArbG bestellten Hauptausschusses für Mindestarbeitsentgelte bleibe daher nicht nachvollziehbar: „Trotz der Tatsache, dass die dbb tarifunion dem Hauptausschuss ausführlich dargelegt hat, dass in der externen Call-Center-Branche Stundenentgelte von 5,75 Euro die Stunde unterhalb der Niedriglohnschwelle und sogar nah an der Armutsgrenze keine Seltenheit sind, wurde keine soziale Verwerfung festgestellt.“

Im November 2009 hatte die dbb tarifunion erstmals versucht, Mindestlöhne für Callcenter-Beschäftigte über das „Mindestarbeitsbedingungengesetz“ durchzusetzen und einen Antrag beim zuständigen „Hauptausschuss für Mindestarbeitsentgelte“ eingereicht, der beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales angesiedelt ist.

Der Ausschuss, dem Vertreter von Bundesregierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften angehören, kann Mindestlöhne empfehlen, falls er in einer Branche „soziale Verwerfungen“ feststellt, hatte den dbb Antrag am 4. Juli 2011 jedoch abgelehnt.
(02/29/11)

Solidaritätszuschlag verfassungsgemäß – dbb für Altschuldentilgung als neue Zweckbindung

(dbb) Der dbb hat die am 21. Juli 2011 getroffene Entscheidung des Bundesfinanzhofs begrüßt dass der Solidaritätszuschlag mindestens bis 2007 verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden ist.

Dieter Ondracek, stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb, erläuterte noch am selben Tag in Berlin, dass die Aussage „bis 2007“ nicht bedeute, dass der Bundesfinanzhof ab 2008 verfassungsrechtliche Bedenken hätte, der Streitgegenstand betreffe ausdrücklich das Jahr 2007. Ondracek: „Das Urteil macht aber deutlich, dass der Soli keine normale Steuer ist, sondern ein Zuschlag für einen vom Gesetzgeber definierten Zweck. Dieser Zweck - die Finanzierung der Wiedervereinigung - wird zu einem bestimmten Zeitpunkt wegfallen.“

In diesem Zusammenhang erinnerte der dbb Vize an die Forderung seiner Organisation, für den Solidaritätszuschlag eine neue Zweckbindung, nämlich die Tilgung der Altschulden zu bestimmen. Ondracek: „Der Einsatz des jährlichen Soli-Aufkommens in Höhe von 12 Milliarden Euro, wäre ein erster wichtiger Schritt, um mit der Tilgung der rund 1,9 Billionen Euro Altschulden der öffentlichen Kassen zu beginnen. Eine größere Solidaritätsaufgabe, als die Schuldentilgung gibt es nicht. Die Politik ist jetzt dringend zum Handeln aufgerufen.“
(03/29/11)

Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst leicht gestiegen – viele Befristungen und mehr Teilzeit

(dbb) Da mehr neue Stellen an Universitäten, Schulen und Kindertagesstätten geschaffen wurden, ist die Zahl der Beschäftigten bei Bund, Ländern und Gemeinden bis Ende Juni 2010 von 4,59 Millionen auf annähernd 4,6 Millionen gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr waren dies 38 600 Menschen mehr, teilte das Statistische Bundesamt am 26. Juli 2011 in Wiesbaden mit.

Mit dieser Steigerung von 0,8 Prozent erhöhte sich die Zahl der Arbeiter, Angestellten, Beamten oder Soldaten im öffentlichen Dienst zum zweiten Mal in Folge, während sie seit Beginn der 90er Jahre stetig gesunken war. Rund die Hälfte der Beschäftigten war 2010 bei den Ländern tätig, die auch im Vorjahr den größten Zuwachs verzeichnen konnten. Mehr Personal wurde bei den Ländern vor allem – in zeitlich befristeten Arbeitsverhältnissen - für die Hochschulen rekrutiert. Bei den Gemeinden gab es mehr Beschäftigte vor allem im Kita-Bereich,

während die Anzahl der Stellen beim Bund, in der Bundeswehrverwaltung und bei der Bundesagentur für Arbeit im gleichen Zeitraum weiter abnahm.

Progressiv entwickelte sich nach Angaben der Statistiker auch der Trend zur Teilzeitbeschäftigung. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stieg um 52 800 oder 3,7 Prozent. 33 200 weitere Beschäftigte gingen in Altersteilzeit.
(04/29/2011)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

DPoIG gegen Einrichtung einer „Datei für auffällige Personen“ - Wendt: Polizei sollte vielmehr Internetpräsenz ausbauen

(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat sich entschieden gegen den Vorschlag der GDP ausgesprochen, nach den Attentaten in Norwegen eine neue Datei für

auffällige Personen einzurichten. Das sei eine „totale Überreaktion“, sagte der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt am 25. Juli 2011 dem Nachrichtensender n-tv. Erstens gebe es keine Rechtsgrundlage für eine solche Datei. Zweitens „wird hier suggeriert, dass man mit technischen Mitteln entschlossene Einzeltäter frühzeitig aufspüren und unschädlich machen könnte“, kritisierte Wendt. Das sei jedoch nicht möglich. „Wir müssen akzeptieren, dass das Ausrasten einzelner Verrückter nicht zu verhindern ist“.

Wirksamer als eine neue Täterdatei ist nach Auffassung des DPoIG-Bundesvorsitzenden eine sechsmonatige Vorratsdatenspeicherung, auch wenn die Attentate von Oslo damit nicht hätten verhindert werden können, da hierfür ein Tatverdacht ebenso nötig sei wie eine richterliche Genehmigung, erläuterte Wendt im Interview mit der „Märkischen Allgemeinen“ (Ausgabe vom 26. Juli 2011). Zur Eindämmung insbesondere rechtsextremer Straftaten bekräftigte Wendt seine Forderung nach einer Ausweitung polizeilicher Internet-Präsenz, die ermögliche „mit Hilfe von Cyber-Cops in der virtuellen Welt auf Streife zu gehen. Das heißt, unterwegs zu sein und Auffälligkeiten zu bemerken - und zwar anlasslos. So wie in einem Wohngebiet. Das müssen wir nur auf die virtu-

elle Welt übertragen“, sagte Wendt der Zeitung.

Befragt nach dem Stand virtueller Ermittlungsarbeit, räumte Wendt noch großen Handlungsbedarf ein: „Wir sind erst am Anfang, uns ein wirkungsvolles Instrument aufzubauen. Wir haben das neue Cyber-Abwehrzentrum, wir haben in Bayern eine eigene Kriminalistenlaufbahn für Internetkriminalität. Aber das steckt in Deutschland eher noch in den Kinderschuhen. Es war aber eine gute Entscheidung, die Technik von Bundespolizei und Bundeskriminalamt zusammenzulegen. Von der Struktur her sind wir also schon sehr gut aufgestellt.“ (05/29/11)

Bewegung im Tarifstreit bei den Privatbahnen – GDL-Chef Weselsky: „Wir zeigen unseren Einigungswillen“

(dbb) In der Tarifauseinandersetzung zwischen den Privatbahnen in Nord- und Ostdeutschland und der Gewerkschaft der Lokomotivführer (GDL) stehen die Parteien offenbar vor einer Annäherung. Die GDL, die zuletzt nur mit den Gesellschaftern der Bahnen gemeinsam verhandeln wollte, ist nach einem Bericht des „Hamburger Abendblatt“ jetzt für eine Schlichtung zu getrennten Gesprächen in drei Gruppen bereit. „Wir zeigen damit klar und deutlich unseren Einigungswillen“, zitiert die Zeitung den GDL Bundesvorsitzenden Claus Weselsky in ihrer Ausgabe vom 22. Juli 2011.

Bis zum 10. August sind zudem die Streiks bei fünf Unternehmen ausgesetzt, zu denen auch die von Hamburg aus fahrenden Metronom und die Nord-Ostsee-Bahn zählen. Als unverzichtbare Bestandteile einer Einigung gelten bei der GDL die Rahmenregelungen für einheitliche Löhne der Lokführer sowie ein Tarif-

vertrag für die Übernahme von Lokführern bei einem Wechsel des Betreibers für eine Strecke.

Die vom Schlichtungsangebot betroffenen Gesellschafter zeigten sich nach „Abendblatt“-Angaben „vorsichtig optimistisch.“ (06/29/11)

Namen und Nachrichten

(dbb) Der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft (DSTG), **Thomas Eigenthaler**, hat die Entscheidung des Bundesfinanzhofs zur Rechtmäßigkeit des Solidaritätszuschlags begrüßt. „Der Soli ist keine West-

steuer. Es wird häufig vergessen, dass er in West- und Ostdeutschland gezahlt wird, um den noch bestehenden Finanzbedarf des Bundes für die Wiedervereinigung zu decken“, sagte Eigenthaler der „Märkischen Allgemei-

nen" (Ausgabe vom 22. Juli 2011). Der Bundesfinanzhof in München hatte am 21. Juli zwei Einzelklagen gegen den Solidaritätszuschlag zurückgewiesen. Gegen den „SolI“ - die Abgabe in Höhe von 5,5 Prozent auf die Lohn- und Einkommenssteuer - geklagt hatten eine Anwältin aus Bayern und ein Gewerbetreibender aus Köln.

Die Vorschläge von Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger zum künftigen Umgang mit Schwerkriminellen, bei denen Sicherungsverwahrung angeordnet wurde, sind bei der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) auf große Bedenken gestoßen. DPoIG-Chef **Rainer Wendt** hält sogar „Gefangenerevolten“ für möglich: „Die schlimmsten Verbrecher kriegen im Knast die beste Behandlung. Das werden sich andere Häftlinge nicht gefallen lassen,“ sagte Wendt der „Welt“ (Ausgabe vom 22. Juli 2011). Im Mai 2011 hatte das Bundesverfassungsgericht die bisher gültigen Regelungen zur Sicherungsverwahrung gekippt und den Gesetzgeber angewiesen, innerhalb von zwei Jahren eine grundlegende Reform durchzuführen. Nach Vorstellung des Bundesjustizministeriums sollen Sicherungsverwahrte unter anderem so untergebracht werden, dass es den „allgemeinen Lebensverhältnissen“ so weit wie möglich nahekommt. Zudem müssten Kandidaten für eine Sicherungsverwahrung schon während der vorangehenden Haft intensiv betreut werden. Auch müssten „alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Gefährlichkeit des Verurteilten zu reduzieren.“

Jürgen Schröder, dbb Landesvorsitzender in Bremen, steht den Sparplänen der grünen

Finanzsenatorin Karoline Linnert zwar sehr kritisch gegenüber, räumt jedoch ein, dass der öffentliche Dienst der Hansestadt sich bewegen müsse, um zukunftsfähig zu sein. Auch hält er der Senatorin zugute, dass sie schon vor der Wahl offen erklärt habe, im öffentlichen Dienst rund 800 Stellen streichen zu wollen. Schröder, selbst Finanzbeamter, bezweifelt allerdings, dass die rot-grüne Landesregierung an den richtigen Stellen spart. Zwar möchte sie laut Koalitionsvertrag auch „durch verbesserte Steuerprüfungen bei Großbetrieben und den Kampf gegen die Steuerhinterziehung die Einnahmen verbessern“. Dennoch werde die Zahl der Finanzämtern reduziert: „Dabei sind wir die Einzigen, die Geld reinholen“, sagte Schröder am 23. Juli 2011 dem Onlinedienst des „Spiegel“.

Der Arbeitskampf der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) bei der Mitteldeutschen Regiobahn in und um Leipzig ist beendet, berichtete das „Eisenbahnjournal Zughalt.de“ am 27. Juli 2011. Nach mehrwöchigen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen habe man sich auf eine betriebsinterne Lösung – ohne den ursprünglich geforderten bundesweiten Rahmentarifvertrag für Triebfahrzeugführer aller Eisenbahnverkehrsunternehmen (BuRa-LfTV) – geeinigt. Laut „Eisenbahnjournal“ sehen die neuen Vereinbarungen zwölf Prozent Lohnsteigerungen bei Lokführern und zwanzig Prozent bei Zugbegleitern vor. Zudem gebe es innerbetriebliche Auffangregelungen für unverschuldete Fahrdienstuntauglichkeit und einheitliche Qualitätsstandards. (07/29/11)